Gesetzentwurf der Landesregierung Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Geodateninfrastrukturgesetzes

32. Sitzung des IKG-GIZ

Systematik

Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE-Richtlinie) (ABl. L 108 vom 25.4.2007, S. 1)
regelt den Aufbau, die organisatorischen Strukturen, den Inhalt, den Betrieb und die Nutzung einer europäischen Geodateninfrastruktur

Umsetzung in nationales Recht erforderlich

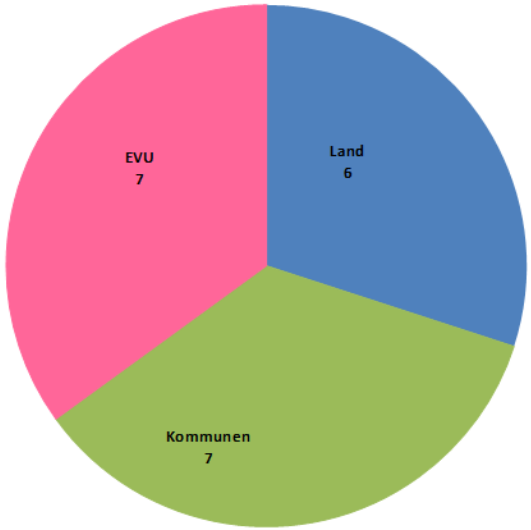
Thüringer Geodateninfrastrukturgesetz ThürGDIG) vom 28.07.2009
Umsetzung in nationales Recht

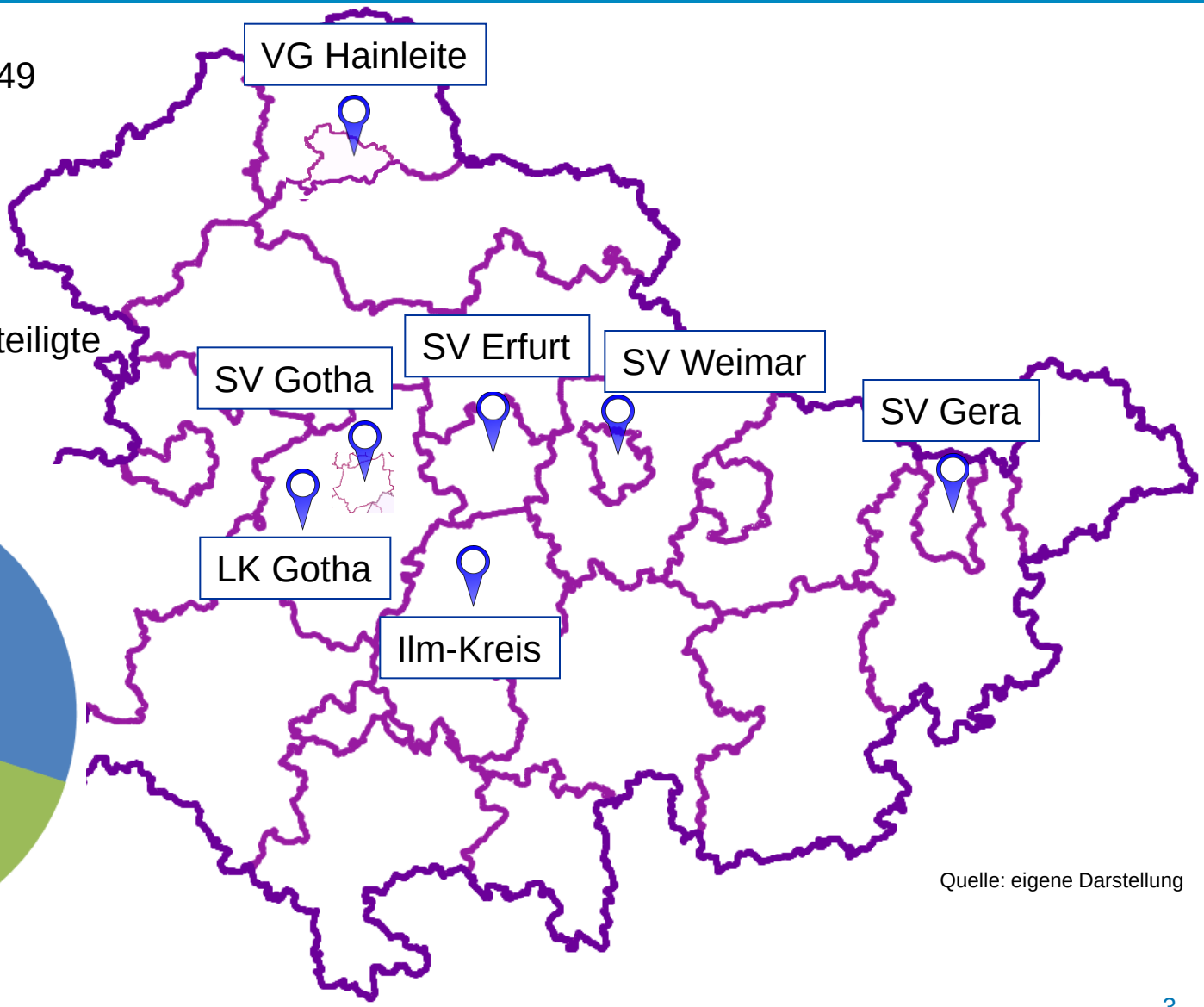
Kommunale Beteiligung an der Umsetzung des ThürGDIG Stand Februar 2016 in Thüringen

Freistaat Thüringen
Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Kommunen gesamt: 849
Landkreise: 17
kreisfreie Städte: 6

bisher an INSPIRE beteiligte Kommunen: 7





Quelle: eigene Darstellung

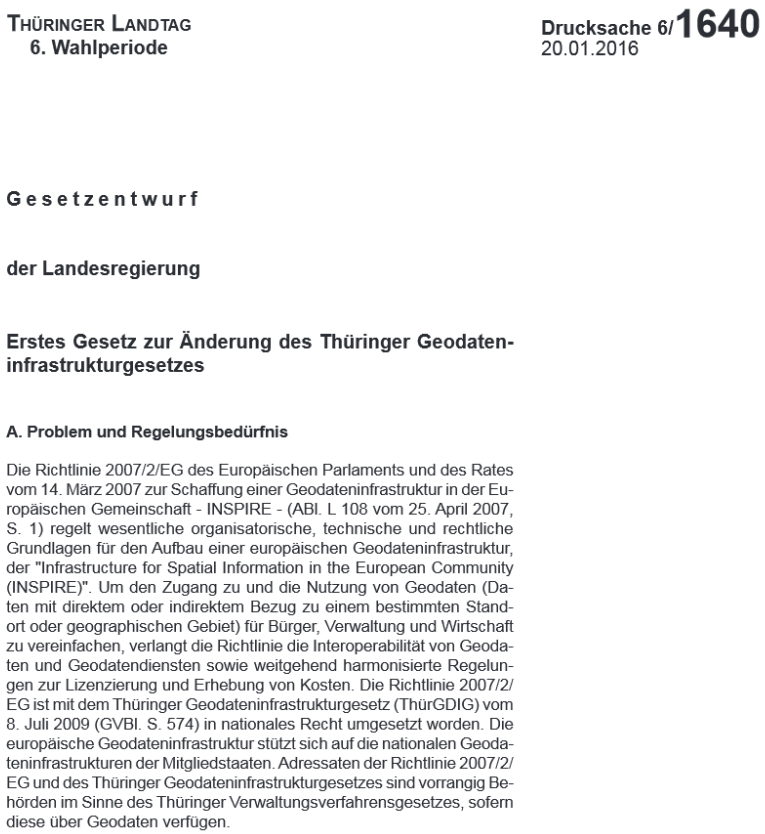
Systematik

Gesetzentwurf der Landesregierung
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Geodateninfrastrukturgesetzes

Regelungen zur Erstattung von Mehraufwendungen bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach diesem Gesetz im übertragenen Wirkungskreis treffen

Sachstand

- Drucksache 6/1640 im Januar 2016
- Überweisung in die Ausschüsse für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten (federführend), Innenausschuss und Umweltausschuss



THÜRINGER LANDTAG
6. Wahlperiode

Drucksache 6/1640
20.01.2016

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Geodateninfrastrukturgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft - INSPIRE - (ABl. L 108 vom 25. April 2007, S. 1) regelt wesentliche organisatorische, technische und rechtliche Grundlagen für den Aufbau einer europäischen Geodateninfrastruktur, der "Infrastructure for Spatial Information in the European Community (INSPIRE)". Um den Zugang zu und die Nutzung von Geodaten (Daten mit direktem oder indirektem Bezug zu einem bestimmten Standort oder geographischen Gebiet) für Bürger, Verwaltung und Wirtschaft zu vereinfachen, verlangt die Richtlinie die Interoperabilität von Geodaten und Geodatendiensten sowie weitgehend harmonisierte Regelungen zur Lizenzierung und Erhebung von Kosten. Die Richtlinie 2007/2/EG ist mit dem Thüringer Geodateninfrastrukturgesetz (ThürGDIG) vom 8. Juli 2009 (GVBl. S. 574) in nationales Recht umgesetzt worden. Die europäische Geodateninfrastruktur stützt sich auf die nationalen Geodateninfrastrukturen der Mitgliedstaaten. Adressaten der Richtlinie 2007/2/EG und des Thüringer Geodateninfrastrukturgesetzes sind vorrangig Behörden im Sinne des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes, sofern diese über Geodaten verfügen.

Sachstand

- Abschließende Beratung im AfILF am 3. November 2016

→ Ergebnis: Änderungsantrag der Regierungsfraktionen

- Zur Einführung einer sogenannten „Kommunalen Schutzklausel“
- Zur Aufnahme einer Evaluierung des Gesetzes zum Ende 2018 als Bericht an den Landtag

- Ziel: stärkere Beteiligung der kommunalen Ebene an der Umsetzung des ThürGDIG